Zensur und Universität in Basel bis 1799

Autor(en): Rudolf Thommen

Quelle: Basler Jahrbuch

Jahr: 1944

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/ccb2a49d-e6b3-44c1-a6ea-494ef3fe1736>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Zensur und Universität in Basel bis 1799.

Von Rudolf Thommen

Die folgende Darstellung beruht fast ganz auf den im hiesigen Staatsarchiv vorhandenen handschriftlichen Quellen. In Betracht kommen Protokolle des Kleinen Rates, in der Abteilung Handel und Gewerbe die Faszikel JJJ 1, 3 und besonders JJJ 4, Censur, und in der Abteilung Universitätsarchiv das Archivum Academicum, Bd. 2—5, und das Beschlüssebuch der Regenz, Bd. 2—5. — Das Zitat aus Scherer, S. 64, steht in seiner Geschichte der deutschen Literatur, 2. Aufl. S. 415. Die Zeitangaben am Schlusse auf S. 82 verdanke ich Herrn Dr. Werner Gysin von Basel. S. auch den Aufsatz «Die Bücherzensur im alten Basel» von Dr. Karl Roth im Zentralblatt für Bibliothekswesen 1914, 2. Heft, S. 49 ff.

Aufgabe und Zweck der Zensur, dieser häßlichen, aber leider bis heute nicht ganz entbehrlichen Begleiterin der Buchdruckerkunst, sind bekannt. Sie soll verhüten, daß Ansichten durch den Druck allgemein verbreitet werden, die dem geltenden religiösen oder politischen Zustand, den hergebrachten Sitten und Lebensauffassungen widersprechen und durch diesen Gegensatz unter Umständen auch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden.

Zu diesem Zweck überwacht sie jedes Erzeugnis der Druckerpresse, angefangen vom fliegenden Blatt bis hinauf zum wissenschaftlichen Werk, die sie, wenn sich etwas nach ihrer Meinung Unzulässiges oder Anstößiges darin findet, nicht in den Handel kommen läßt, oder, was noch wirksamer, aber auch schwieriger ist, deren sie sich schon vor der Veröffentlichung zu bemächtigen sucht, die sie dann entweder ganz verweigert oder nur mit den nach ihrem Ermessen vorzunehmenden Aenderungen gestattet.

In Basel ist die Zensur durch die Ratserkenntnis vom 12. Dezember 1524 eingeführt worden. Ueber die Veranlassung gleich nachher einige Worte. Sie wurde zunächst vom Rate selbst ausgeübt. Die ersten von ihm gewählten Zensoren waren der Alt-Bürgermeister Adelberg

Meyer, der Alt-Oberstzunftmeister Lukas Zeigler und der Stadtschreiber Kaspar Schaller. Man ersieht daraus, wie hoch die Aufgabe und Pflichten der neuen Behörde eingeschätzt wurden, und wie sehr man es sich angelegen sein ließ, sie dementsprechend zu besetzen. In welcher Art und Weise aber dieser Ratsausschuß seines Amtes gewaltet hat, ist nicht mehr festzustellen, weil weder diese Erkenntnis noch deren Erneuerungen in den Jahren 1531 und 1542 Angaben hierüber enthalten und auch sonst solche nicht vorhanden sind. Man erfährt aus ihnen nur, daß die Zensurordnung, deren Inhalt sich in dem Verbot, irgend etwas unzensiert zu drucken, erschöpft haben dürfte, den Interessenten bloß durch Verlesen im Rate bekanntgegeben wurde.

Beiläufig sei bemerkt, daß im Jahre 1548 Kaiser Karl V. auf dem Reichstag in Augsburg, beachtenswert durch das von ihm den Protestanten aufgezwungene Glaubensbekenntnis, das sog. Interim, eine für das ganze Reich geltende weitläufige Zensurordnung hat drucken lassen, von der ein Exemplar, das seine Unterschrift und das k. Siegel trägt, auch Basel zugestellt worden ist. So wenig hatte die beinahe schon ein halbes Jahrhundert dauernde Verbindung mit der Eidgenossenschaft die Vorstellung von der Zugehörigkeit zum Reiche zu beeinflussen vermocht.

Hier aber ist im Jahre 1558 mit der Zensurbehörde eine sehr eingreifende und bleibende Veränderung vorgenommen worden, indem ihre Obliegenheiten dem Rektor und den vier Dekanen der Universität übertragen wurden.

Die damals vom Rate aufgestellte Ordnung schreibt, kurz zusammengefaßt, vor, daß die Drucker, die bis ins 18. Jahrhundert hinein zugleich auch Verleger waren, bei Vermeidung der schon 1542 angesetzten ungemein hohen Geldstrafe von 100 fl. jedes neue oder auch nur in neuer Auflage zu druckende Buch, letzteres wegen möglicher Aenderungen, zum Rektor bringen müssen, der dann «ohne Verzug» die vier Dekane zu einer gemeinsamen

Beratung darüber zusammenberufen soll, welchem Dekan das Werk seinem Inhalte nach zuzuteilen ist. Der Gewählte ist zu dessen Zensur verpflichtet. Nur wenn ihm sein Inhalt besonders wichtig erscheint oder in verschiedene Wissensgebiete einmündet, kann er eine Begutachtung durch die ganze Zensurkommission oder einen Teil derselben veranlassen. Für seine Mühewaltung hat ihm der Drucker 6 d. pro Bogen und ein vollständiges fertiges Exemplar zu geben. Die Drucker haben ferner die jeweilen in Dienst genommenen Korrektoren dem Rektor vorzustellen, der sie «gleich und angends» in Gelübde und Pflicht nimmt. Demzufolge müssen sie der Zensurkommission alles anzeigen, was ihren Verdacht erregt oder «zu Verletzung Schmach und Nachteil des Rates, der Stadt oder anderer Stände Städte oder Privaten reichen könnte». Auch müssen die Korrektoren, zumal die fremden, die dem Rate mit Bürgerrecht und Eid nicht zugetan sind, der Universität wie andere ihrer Anhänger und Verwandten gehorsam sein. Dagegen sichert der Rat den Mitgliedern der Zensurkommission gegebenenfalls seinen Schutz und Schirm zu. Er behält sich ferner vor, diese Ordnung jederzeit abzuändern, teilweise oder ganz abzutun sowie unter Umständen noch schärfere Bußen als die 100 fl. zu verhängen.

Das in dieser Verordnung vorgeschriebene Zensurverfahren ist zweifellos ziemlich breitspurig, passend in eine Zeit, in der die Druckereien noch nicht mit allerlei Kleinarbeit beladen waren und die Herstellung der Bücher selbst, von denen in der Verordnung ja ausschließlich die Rede ist, in einem gemächlicheren Tempo vor sich ging. Man kann es daher sehr gut verstehen, daß die Buchdrucker später bei steigender Produktion und lebhafterem Betrieb das Verfahren abgekürzt haben, indem sie den Zensor selbst wählten und ihm direkt, also mit Umgehung des Rektors, die Schriften und Bücher vorlegten. Wenn dazu in einem Gutachten der Zensurkommission von 1765 bemerkt wird, daß man den Zeitpunkt dieser Aenderung,

«die vielleicht durch einen Mißbrauch aufgekommen sei, nicht wisse», so erklärt sich das leicht daraus, daß sie das Ergebnis der allmählichen Entwicklung des Buchgewerbes war und eben deshalb ein bestimmter Termin für sie nicht angegeben werden kann. Auch der scharfe, jedoch nicht ganz unberechtigte Tadel wird in unseren Augen durch diesen Gang der Dinge sehr gemildert.

Beachtenswert ist ferner, daß die vom Rate vorgenommene Umbildung der Zensurbehörde ohne Befragung der Regenz ins Werk gesetzt worden ist, was einmal mehr das damalige Verhältnis zwischen Regierung und Hochschule kennzeichnet.

Die Frage, warum überhaupt diese Aenderung beliebt hat, findet in der Ueberlieferung keine direkte Antwort. Wenn sie in der Einleitung zur Zensurordnung mit dem Benehmen der Buchdrucker begründet wird, die sich vielfach um die ihnen verhaßte Zensur nicht kümmerten, sogar ihr zum Trotz Bücher in den Handel brachten, die der Basler Regierung Beschwerden von Fürsten und Städten aus dem Reich eintrugen, so ist diese Motivierung nicht stichhaltig. Sie paßte für die *Einführung* der Zensur, die durch diese Verhältnisse zweifellos auch veranlaßt worden war, jedoch nicht für deren *Uebertragung*. Wohl aber schimmert durch sie der wahre Grund hindurch, der kein anderer sein kann, als daß die zu den Gnädigen Herren und Oberen gehörenden Zensoren es satt hatten, sich mit der ihnen doch fernliegenden heiklen und zeitraubenden Arbeit zu befassen, dies um so mehr, als sie durch die Widerspenstigkeit der Buchdrucker nicht gerade angenehmer wurde.

Die neue Einrichtung darf man unbedenklich als einen Mißgriff bezeichnen. Sie hat vorweg den Nachteil mit sich gebracht, daß die Dekane in der Ausübung ihres Amtes als Zensoren unter Umständen einerseits gegen ihre Kollegen in eine etwas kuriose Stellung geraten, andererseits sich versucht fühlen konnten, ihnen einen gegen die Ordnung verstoßenden Einfluß einzuräumen.

Es wäre unstreitig richtiger gewesen, einen besonderen Ausschuß als Zensurbehörde einzusetzen, so wie später im Jahre 1742 der Rat eine eigene Bücherkommission geschaffen hat, die aus einigen (die Zahl ist unbekannt) aus seiner Mitte gewählten Beisitzern bestand, welche Angelegenheiten des Buchgewerbes, die Zensur natürlich ausgenommen, durch ihre Gutachten für den Rat spruchreif machten. — Diese Bücherkommission ist also von der Zensurkommission wohl zu unterscheiden.

Das früher erwähnte Verhalten der Buchdrucker hatte zur Folge, daß der Rat die Zensurordnung von Zeit zu Zeit neu bestätigte und sie damit in ihrer Wirkung aufzufrischen suchte, so in den Jahren 1578, 1610 und 1665. Er wurde hierin auch von der Regenz kräftig unterstützt. Als unter dem Rektorate des Sebastian Beck 1640/41 die Regenz erfahren hatte, daß Gedichte und Gratulationen, aber auch Neuauflagen von Büchern unzensiert veröffentlicht würden, hat sie die Buchdrucker vorgeladen und ihnen eingeschärft, sich an das Gesetz zu halten und alles ohne Ausnahme der akademischen Zensurbehörde zu unterbreiten. Diese Mahnung wurde 1699 und 1717 in der Weise wiederholt, daß der Pedell sie jedem Buchdrucker einzeln verkünden mußte, und 1664 wurde den Firmenbesitzern geboten, ihre Korrektoren, die anzustellen sie verpflichtet waren, der Regenz behufs Eidesleistung vorzustellen, «was lange nicht geschehen war». Auch dieses Gebot mußte 1676 wiederholt werden, immerhin mit dem Erfolg, daß die Korrektoren der sieben Firmen — Emanuel König, Johann Brandmüller, Heinrich Meier, Johann Jakob Werenfels, Jakob Decker, Jakob Bertschi und Johann Rudolf Genath — an drei Tagen vereidigt wurden. 1665 verlangte die Regenz, daß die Namen der Autoren nicht bloß mit den Anfangsbuchstaben angegeben, sondern ganz ausgeschrieben werden müßten. Trotz diesen löblichen Bemühungen ist die Regenz damals doch nicht dem Vorwurf einer nachlässigen Handhabung der Zensurordnung von seiten des Rates entgangen, der

ihn vielmehr in die Bestätigung von 1665 einfließen ließ mit den Schlußworten: Die Herren Deputaten sollen auch künftigs ob der Manutenentz halten und E. E. Regenz erinnern, ihres theils ein gleiches zu thun, weil an Ihnen selbs nicht wenig mangels sich befunden.

Vielleicht in Nachwirkung dieses Vorwurfs wurde etwas später über den Druck eines schon wegen seines Inhaltes erwähnenswerten Buches in der Regenz eingehend beraten. Im Jahre 1675 hat nämlich der Buchdrucker Charles Patin in Paris bei ihr erneut um die Erlaubnis nachgesucht, das Lob der Narrheit des Erasmus mit den Bildern Holbeins herausgeben zu dürfen, wofür er sich anheischig machte, die Münzen im Amerbachischen Kabinett in Ordnung zu bringen. Nach langen Beratungen hat die Regenz beschlossen, er dürfe das Buch im Hause eines Professors benützen und die Bilder von einem Kupferstecher nachzeichnen lassen. Aber dennoch müsse das Buch vom Dekan der philosophischen Fakultät zensiert werden, ob nicht etwas Anstößiges oder gar Obszönes in den Bildern ausgelassen oder passend geändert werden solle, wobei der Dekan sich von den Bibliothekaren oder selbst von der Regenz beraten lassen könne.

Den Vorwurf der Vernachlässigung der Zensurordnung hätte die Regenz übrigens etwas später mit einigem Recht der Regierung zurückgeben können. Als nämlich im Jahre 1698 Schultheiß und Rat von Bern die «bereits vor etwelchen Jahren umb etlicher anstößiger bücheren willen eine aufsicht auf die Buchdruckerey und Buchhändler» als nötig empfohlen hatten, erneut brieflich darauf hinwiesen, daß Bücher mit «neygen Lehren und Meinungen» in Basel gedruckt und in Stadt und Land Bern gebracht würden und deshalb Anwendung der Zensur und Verwarnung der Buchführer wünschten, «auf die Jahrmarkten nur solche Bücher zum Verkauf alhero zu vergen, darvon sie jederweilen beforderst einen Cataloguen under seine gewohnte Titul abgetheilt in unsere Canzley überschickt haben werdint bey poen der Confiscation

ihrer gesamten Ware» und unter Umständen «noch bey anderer straff» — da begnügte sich der Kleine Rat mit dem Beschluß: «Deputat Falkhner und der Stattschreiber sollen die Contenta dieses schreibens allen hiesigen Buchdruckhern und Buchführern eröffnen, sie fragen ob dergleichen uncensirte tractat hier getruckt worden, und dehnen bedeuten, daß sie dem begehren lobl. Standts Bern in allem nachkommen sollen, wan Sie nicht Ihre wahr und Persohn in gefahr setzen wollen» — also statt der zu erwartenden strengen Untersuchung ein sichtlich wohlwollendes Mahnwort. Diese laxe Haltung zeigt deutlich genug, daß die Einmischung des Standes Bern in hiesige Zensursachen einigermaßen verschnupft hat.

Mit dem 18. Jahrhundert begann aber ein schärferer Wind zu wehen. Schon 1711 ging der Rat so weit, die Zensur mit dem jährlich Ende Juni zu leistenden Bürgereid in der Weise zu verbinden, daß für die Zünfte, in welchen sich Buchdrucker befanden, die Eidesformel durch den Zusatz erweitert wurde, nichts ohne vorhergehende Zensur zu drucken. Und drei Jahre später stieß die Regenz in dasselbe Horn mit der an den Rat gerichteten Erklärung, «daß es heut zu tag eben so nöthig, ja nöthiger als niemahlen ein wachendes aug auf diese sachen zu haben in ansehung dieser gefährlichen lauffen undt so viel gegen einander streittender Praetensionen hoher Fürsten und Königen ohne von anderen zu gedenken», und in einem Ton, der, vielleicht durch das Verhalten des Rates im Jahre 1698 hervorgerufen, jedenfalls von der üblichen devoten Form ganz abweicht, fährt die Regenz fort: «hoffen E. Gn. werden nicht weniger fleis ernst und eifer verspüren lassen die ohngeacht so oft wiederholten vermahnungen von denen HH. Druckern und Buchführern fast ganz in vergeß gestellte censurordnung wiederum in den standt zu bringen und diese zu deren bessern Beobachtung anzuhalten.»

Zu den oben erwähnten Buchführern gehörten, ungewiß seit wann, aber jedenfalls in der zweiten Hälfte des

18. Jahrhunderts, auch die Buchbinder, die sogar Lesebibliotheken hielten und Bücher ausliehen.

Wenn die Regenz in der Begründung der Notwendigkeit der Zensur das politische Moment noch viel stärker betont, als es im Jahre 1558 vom Rate geschehen war, so wird das begreiflich, wenn man daran denkt, daß der größte Teil Europas und nicht am wenigsten die Nachbarn der Eidgenossenschaft noch die Wirkungen und Nachwehen des über ein Jahrzehnt währenden spanischen Erbfolgekrieges verspürten, auf welche ja auch deutlich angespielt wird, und daß der Krieg gerade für die Umgebung Basels nicht mit dem Frieden von Utrecht im Jahre 1711, sondern erst mit dem Frieden von Rastatt im Jahre 1714 sein Ende erreicht hat. Das von der Regenz angeführte Motiv wird noch begreiflicher, wenn man sich die exponierte Lage unseres Kantons vergegenwärtigt, die damals noch viel ungünstiger war als jetzt, da schon östlich von Augst und südlich von Münchenstein fremdes, dort österreichisches, hier bischöfliches Gebiet angrenzte.

Im übrigen hat die Eingabe trotz ihrer kräftigeren Färbung auf den Rat keinen, wenigstens keinen ersichtlichen Eindruck gemacht und diese Enttäuschung hinwiederum die Regenz bewogen, den Schritt im Jahre 1718 zu wiederholen. Sie stützt sich dabei auf dieselben Gründe — Unbotmäßigkeit der Buchdrucker und die gegebenenfalls zu befürchtenden Beschwerden des Auslandes —, beendet aber das Schriftstück diesmal nicht mit einer allgemein gehaltenen Mahnung, sondern mit dem konkreten Vorschlag, hier wie anderwärts «*visitatores publici*» einzuführen, «welche monatlich oder auch nach belieben die Truckereyen besuchen und nachsehen sollten, was da oder dort getruckt würde». Dem Rate gefiel der Vorschlag, und er hat ihn in der Weise zum Beschluß erhoben, daß er die Dekane, die ohnehin schon als Zensoren amtierten, auch mit dieser neuen Aufgabe unter Mitwirkung des Stadtschreibers betraute. Sie waren verpflichtet, fehlbare Drucker dem Rate zu verzeigen, der, wenn sie die Zensurord-

nung «gröblich mishandelt» hatten, mit strengen Strafen gegen sie vorging. So wurde im Jahre 1676 der Buchdrucker Heinrich Meyer in Kleinbasel wegen der Ausgabe «eines scandalösen Gedichtes», wobei er «lügenhafter Weise» Straßburg als Druckort angegeben hatte, vom Rate mit Kerker bestraft, und im Jahre 1745 wurden wegen des unzensierten Druckes eines Traktätleins des Micheli du Crest in Genf die Buchdrucker Johann Rudolf Brodbeck und Johann Pistorius, dieser mit 100 fl., jener mit 200 fl. gebüßt und wegen eines anderen Vergehens der Faktor der Druckereibesitzerin Christ einen halben Tag und eine Nacht «getürmt».

Wie diese von den Dekanen gewiß nicht allzu eifrig betriebene inquisitorische Untersuchung im einzelnen verlaufen sein mag, wird, weil sie natürlich nicht protokolliert wurde, nicht überliefert. Nur über einen Fall aus dem Jahre 1719 hat sich ein Bericht erhalten. Es handelte sich dabei um den Druck zweier Predigtsammlungen. Die eine von Prof. Samuel Werenfels in französischer Sprache sollte, noch dazu nur in neuer Auflage, in der Offizin der Witwe König gedruckt werden, doch wurde der Druck vom Ratschreiber Johann Heinrich Gernler J. U. L., ohne Angabe von Gründen, nicht zugelassen. Der anderen, von Prof. Jakob Christoph Iselin, erging es noch schlimmer. Ihre Herstellung in der Druckerei des Johann Ludwig Brandmüller hatte schon begonnen, als der Assistent Gernlers, Johann Jakob Fäsch, eines Tages erschien, den Druck sofort einzustellen, die schon bedruckten Bogen, trockene und nasse, auf einen Haufen zu werfen, und, weil dieser zu groß wurde, um ihn ins Rathaus zu schaffen, so viel davon als tunlich war, in ein Gemach neben der Druckerei zu bringen befahl, das er abschloß, versiegelte und den Schlüssel mitnahm. Die Angestellten Brandmüllers hatten sich zwar wegen Abwesenheit ihres Herren dem Befehl zuerst widersetzt und eine geschriebene Ratserkanntnis gefordert, schließlich aber aus Furcht vor der ihnen angedrohten obrigkeitlichen Ungnade nachgegeben,

und Brandmüller selbst mußte sich nach einer fruchtlosen Unterredung mit Gernler, als er in der Kanzlei die seinen wegen ergangene Ratserkenntnis sehen wollte, nach vielen Ausflüchten mit einem Zettel begnügen, dessen von Gernler nur «aus dem Kopf» diktiert Inhalt bloß besagte, «keine der Predigten Iselins bis auf weitere Verordnung aus der Hand zu geben».

Aber dieser rohe Eingriff hatte die gewiß nicht erwartete Folge, daß das ganze geistliche Ministerium auf dem Plan erschienen ist. In einer geharnischten Eingabe an den Rat wird im Anschluß an eine Schilderung des Vorgehens der beiden Beamten ihr selbstherrliches Gebaren aufs schärfste gerügt und dazu bemerkt: «Es würde wahrlich in unser Statt weit kommen, wenn man auf die in dero Cantzley geschriebene darauß alß wahrhafte Obrigkeitliche Erkenntnissen außgegebene Rathserkenntnisse nicht mehr gehen könnte, ja wenn Ew. Gn. selbst nicht mehr sicher wären, ob auch dasjenige, was sie per Majora geschlossen, . . . exact . . . eingeschrieben und diesem Schluß gemäß exequirt wurde.» Die Schrift endet mit den zuletzt über den vorliegenden Fall weit hinausreichenden Sätzen: «Solten, Ew. Gn., dan und wann unsere in Truck kommende Predigten auch von einigen auß dero Mittel gelesen werden, wie wir wünschen, daß alle die Weyl nemmen möchten solche zu lesen, bitten wir, Ew. Gn. wollen derjenigen Bericht den größten Glauben geben, die da in Gottes Wort . . . vor andern geübte Sinnen haben, sonderlichen auch den nötigen Unterscheid wissen zu machen zwischen dem, was wider den Obrigkeitlichen Standt ist, und was da ist wider die dem Obrigkeitlichen Standt höchst schädlichen und schändlichen Mißbräuche Unordnung und Practiquen. Wer wider diese redt, es sey gleich im Rathaus oder auf der Cantzley, ist so wenig ein Feind des Standts alß ein Medicus ein Feind ist des menschlichen Leibs, wan er denselben durch unangenehme Artzneyen vom Tode zu retten sich angelegen seyn läßt.»

Daraufhin ist dem Rate wohl nichts anderes übrigge-

blieben, als die Drucksperrre aufzuheben und dem Stadtschreiber zu befehlen, sich bei den beiden Herren Autoren zu entschuldigen. Diesen Befehl hat jedoch Gernler nicht ganz vollziehen können, weil Herr Iselin sich geweigert hat, ihn zu empfangen.

Steht dieses Vorkommnis auch vereinzelt da, so zeigt es doch deutlich, wie leicht bei diesem Schnüffelsystem Entgleisungen eintreten konnten, und jedenfalls hat es dazu beigetragen, der verhaßten Zensur den Boden noch mehr abzugraben, wie denn auch in der schon im Jahre 1558 den Buchdruckern vorgeworfenen feindseligen Haltung gegen sie seither keine Aenderung eingetreten war, selbst nicht nach Einführung des Buchdruckereides. So berichtet im September 1745 die Staatskanzlei dem Kleinen Rat, daß, als sie auf seinen Befehl alle Buchdrucker, die noch nicht geschworen hatten, samt den Wittweibern und deren Faktoren zur Eidesleistung vorgeladen hatte, «einige Drucker nicht schwören wollten, weil sie noch zu jung und nicht zünftig seien, die Faktoren vorher eine Erläuterung beehrten, ob Kleinigkeiten wie geistliche Lieder, Hochzeitsgedichte und dgl. auch unter dem Eid begriffen seien, einige Drucker und die Witwen überhaupt nicht erschienen seien». Letztere, nämlich die Witwe des Johann Konrad von Mechel und die des Johann Christ sind allerdings nicht aus Trotz, sondern aus Scheu vor der Eidesleistung weggeblieben, wie aus ihrem Gesuch an den Rat hervorgeht. «Wir erkühnen uns», heißt es darin, «Höchstdehnenselben in tiefster Demuth» vorzustellen, «wie schwär und bedenklich einer Weibspersohn, die Tag ihres Lebens keine so wichtige und nachdenckliche Handlung, als ein theurer Eydschwur ist, begangen (hat), vorkomme eine dergleichen solenne actum zu begehen.» Eine väterliche Obrigkeit werde Mittel finden, den durch den Eid zu erreichenden Zweck durch andere Mittel zu erzielen und die Weibspersonen, «welche von Natur schreckhafter forchtsamer und sich selbs nagender Geschöpf als die Männer seynd, nicht ohne not in große un-

ruhe und nachsinnen zu setzen». Sie begründen ihr Gesuch damit, daß keine Besitzerin einer Druckerei die Geschäfte allein besorge, sondern nur im vollsten Einvernehmen mit ihrem Faktor, «welcher gleich einem Patron der Chef und das Haupt der Druckerei seiner Matronin» sei. Der aber leiste den Eid, womit der Rat die gewünschte Deckung gegen Uebertretungen der Zensurordnung habe. Eher als von den Witwen wäre ein solcher Eid von den Ehefrauen der Buchdrucker, die oft wochenlang abwesend sind, zu verlangen. Schließlich machen sie den Vorschlag, den Eid durch einen von ihnen und ihren Vögten zu unterschreibenden und sie «kräftigst bindenden» Revers zu ersetzen. Der Rat ließ sich rühren und hat gemäß dem empfehlenden Antrag seiner Bücherkommission den Witwen den Eid erlassen.

Dieses ihr Gesuch enthält aber noch mehr. Man hat die Gelegenheit benützt, um die von den Faktoren schon mündlich aufgeworfene Frage der sog. Kleinigkeiten ausführlicher zu behandeln. Es sollten «Hochzeit Gräbnuß Festivitäts und drgl. carmina, ebenso Cours-Zedel Frachtbrief Marckschreyer oder sog. Doctor- und Comoedianten-Zedul Lieder-Bücher Cathalogs und drgl.», oft möglichst schnell gedruckt werden, jedoch «zuweilen der Herren Zensoren kommllichkeit nicht ist, dergleichen indifferente und geringe Pieces alsogleich zu censieren», wodurch man Gefahr laufe, «Fremden das bene überlassen zu müssen», um gestützt hierauf den Wunsch vorzubringen, entweder diese Sachen unzensiert drucken zu dürfen oder die Zensoren zu veranlassen, förderlichst ihres Amtes zu walten. Dazu bemerkt die Bücherkommission, daß allerdings der Buchdruckereid zu allgemein gefaßt sei und daß man deshalb, um den Eid nicht so verächtlich zu machen, den Druckern entgegenkommen könne. Weil jedoch eine genaue Bestimmung des Begriffs Kleinigkeiten sehr schwierig sei — was gewiß nicht zutrifft — und außerdem «leichtlich in derlei schriften etwas ehrenrühriges unerlaubtes oder gottloses einfließen oder vorsetzlicher weiß

gesetzt werden könnte, so sollen die Drucker angehalten werden auf solche kleine uncensierte Schriften ihr Zeichen zu setzen». Diesen Vorschlag beschloß der Rat anzunehmen, wegen des Druckes der Kleinigkeiten aber, vermutlich durch den zwiespältigen Bericht der Bücherkommission selbst unsicher geworden, es bei «der alten bisherigen Observanz» bewenden zu lassen, wobei nicht übersehen werden soll, daß laut einem damals vergessenen, vielleicht nie genau befolgten Regenzbeschuß vom 26. Mai 1676 auch Gratulationsgedichte den vier Dekanen zur Zensur vorgelegt werden sollten. Mithin hatten die Buchdrucker nicht nur nichts gewonnen, sondern sich durch die neue Bestimmung eine Verschärfung der Zensurordnung zugezogen.

Eine weitere Verschärfung brachte das Jahr 1748, indem aus Anlaß einer von Prof. Spreng gehaltenen und dann in Druck gegebenen Lobrede auf die Schlacht von St. Jakob, welche Anstoß erregte, der Rat auf Antrag der XIII^{er} Herren beschloß, es solle sämtlichen Druckern befohlen werden, daß sie künftig keine von hiesigen Ständesachen handelnden Schriften ohne obrigkeitliche Erlaubnis drucken dürfen.

Hingegen hatte dieselbe Behörde im Jahre 1756 mit ihrem Plan die Zensurordnung noch um das Verbot zu erweitern, in Prozeßsachen irgendwelche Schriften durch den Druck zu veröffentlichen, keinen nachhaltigen Erfolg. Denn der Kleine Rat hat zwar zuerst einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt, der jedoch nach einem Anzug im Großen Rat, es wäre zu erwägen, ob dieses Verbot der Freiheit E. E. Bürgerschaft nicht zu nahe trete, schon nach drei Wochen von diesem wieder ist aufgehoben worden.

Noch im 17. Jahrhundert war die Regenz auf den seither immer wieder verwirklichten Gedanken gekommen, einen der städtischen Buchdrucker speziell mit dem Druck und Verlag der akademischen Schriften zu betrauen. Mit der Wahl eines Universitäts-Buchdruckers war aber auch

für die Akademiker der Zwang verbunden, nur bei ihm ihre Schriften drucken zu lassen.

Mit einem solchen Vertrag in der Tasche hat im Jahre 1635 Georg Decker seine Druckerei eröffnet, für deren erste Einrichtung er die Regenz ebenso vergeblich um einen Beitrag gebeten hat, wie er zwei Jahre später mit seinem Gesuch, wegen der herrschenden Teuerung den Preis der Drucksachen erhöhen zu dürfen, abgewiesen wurde. Er war noch 1666 für sie tätig, obwohl er das Jahr vorher von der Zensurkommission ermahnt worden war, besser und nicht so teuer zu drucken. Sein Sohn, Johann Jakob Decker, konnte ihm, trotz anfänglichen Widerstrebens der Regenz, auch in der Stellung eines Universitäts-Buchdruckers nachfolgen. Sie wurde ihm aber schon im November 1668 von ihr aberkannt, weil er aus «schmutziger Gewinnsucht scandalöse, der Religion und den guten Sitten zuwiderlaufende Schriften gedruckt hatte und deshalb kurz vorher auch vom Rate gemäßregelt worden war». — 1709 erscheint als Universitäts-Buchdrucker ein Lüdin, der das Pflichtenheft neu herausgab, von dem jeder Professor ein Exemplar erhielt. Später jedoch, 1730 und 1780, sind wieder Angehörige der Familie Decker in die von ihr verlorene Stellung eingerückt. Merkwürdig ist, daß der 1780 gewählte Georg Decker, dessen Gesuch sein Schwager, der akademische Notar von Speyer, der Regenz übermittelt hatte, nicht in Basel, sondern in Colmar ansässig war.

Die ziemlich vielen, die Zensurordnungen ergänzenden obrigkeitlichen Erlasse haben endlich im Rate das Bedürfnis nach einer Zusammenfassung des über fast 2½ Jahrhunderte zerstreuten Stoffes geweckt, und er gab deshalb mit Beschluß vom 24. März 1761 der Regenz den Auftrag, die bei ihr vorhandenen Ordnungen und Erkenntnisse zu sammeln, was auch der Staatskanzlei befohlen wurde, sie zu durchgehen und auf Grund dieser Durchsicht einen Entwurf zu einer neuen, verbesserten Zensurordnung dem Rate vorzulegen. Die Regenz ent-

ledigte sich dieses Auftrages nach sorgfältigster Vorbereitung im Oktober 1761 mit einem Schriftstück mit 21 Paragraphen. Das war selbst dem durch den Amtsstil nicht verwöhnten Rate des Guten zuviel, und er befahl dem Stadtschreiber und dem Ratschreiber, aus der Vorlage einen Auszug zu machen, der denn auch genehmigt und zur Veröffentlichung durch den Druck bestimmt worden ist. Er besteht aus 9, allerdings meist recht umfangreichen Abschnitten und enthält, verglichen mit der auch angeführten Zensurordnung von 1558, folgende bemerkenswerte Zusätze: Die Zensur hat sich auch auf Kupferstiche und Holzschnitte sowohl in Büchern wie als Einzelblätter zu erstrecken; die bezahlten Strafgeelder werden zur einen Hälfte dem Angeber, dessen Name, wenn sein Anbringen sich als wahr erwies, verschwiegen werden soll, zur andern Hälfte einem hiesigen Armenhause zugeteilt; der Stadtschreiber wird ständiges Mitglied der Zensurkommission, und ihm wurde die Begutachtung der Schriften politischen Inhaltes übertragen; im Punkte der Religion wird zugestanden, daß Werke von Schriftstellern, die nicht Protestanten sind, «mit der von der Zensur für gut befundenen Behutsamkeit» und nach Umständen mit Unterdrückung des Namens Basel als Druckort veröffentlicht werden dürfen; die Zensoren müssen jede Seite der zu beurteilenden Schriften oder Bücher mit ihrem Handzeichen versehen und diese Handexemplare fünf Jahre in der Bibliothek verwahrt werden; die Buchdrucker müssen von jedem Neudruck ein Exemplar binnen 14 Tagen nach Beendigung des Druckes an diese abgeben. — Zum Teil neue Bestimmungen enthalten die §§ 8 und 9. Im achten Abschnitt werden Verkauf, Ausleihe und Anzeige «verderblicher und schändlicher Bücher» verboten und die Zensoren mit ihrem Visitationsrecht desfalls zu besonderer Wachsamkeit aufgefordert. Der neunte Abschnitt präzisiert weitere Obliegenheiten der Zensurkommission, darunter die: jährlich bald nach der Regimentsänderung, also Ende Juni, alle im Buchhandel beschäftigten Personen

vorzuladen, ihnen zuerst diese Verordnung vorzulesen und dann sich die Verzeichnisse der seit einem Jahre neu gedruckten oder verlegten Werke vorlegen zu lassen.

Von allen diesen strengen Geboten und Verboten hebt sich wohlthuend ab der ebenfalls neue Inhalt des schon von Ochs hervorgehobenen vierten Abschnittes, in dem einerseits den Zensoren empfohlen wird, den Buchdruckern und Buchhändlern keine unnötigen und ihrem Berufe hinderlichen Schwierigkeiten zu machen, andererseits diesen selbst ein bis ins einzelne geregeltes Beschwerderecht eingeräumt wird.

Allein dieses wohlwollende Zugeständnis reicht doch nicht hin, um den ungünstigen Eindruck aufzuheben, den die Ordnung im ganzen genommen auf uns Nachlebende macht, weil sie so gar nicht in die Zeit paßt, in der nach dem treffenden Ausdruck Wilhelm Scherers die Sehnsucht nach freier Forschung ihre Befriedigung gefunden und die wissenschaftliche und religiöse Bewegung die ganze Nation ergriffen hat, wie es auch bei den Zeitgenossen nicht verhüten konnte, daß die neue Ordnung auf einen bis dahin ungewohnten heftigen Widerstand gestoßen ist. Kaum war nämlich ihr Inhalt bekannt geworden, als die Buchdrucker und Buchhändler, die sich schon seit langem zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen hatten, gegen sie auftraten. In einer Bittschrift an den Rat, in der sie gleich eingangs unter Beteuerung ihres unverbrüchlichen Gehorsams gegen die Obrigkeit dieser mit gutem Grund vorwarfen, daß sie, «die doch über alles den besten Bericht geben könnten», zur Redaktion der neuen Zensurordnung gar nicht zugezogen worden seien, bemerken sie, allerdings irrtümlich, daß ihres Wissens diese Ordnung «wegen einem Gelehrten», gemeint ist Prof. Spreng, «dessen Schriften schon viel Verdruß verursacht haben, entstanden sei». «Warum», heißt es dann weiter, «sollen wir unschuldigen Buchhändler und Drucker für einen solchen Gelehrten, der nur nach seinem Eigensinn schreibt, das Brandopfer sein?» Nach einer kurzen Dar-

legung ihrer bisherigen, für die Stadt so nützlichen wie ehrenvollen Tätigkeit bitten sie, «es auf dem bisherigen Fuß bewenden zu lassen», und wenn das nicht beliebt, mit der Publikation der neuen Ordnung so lange innezuhalten, bis sie von einer nach dem Ermessen der Gnädigen Herren zusammengesetzten Kommission gehört sein werden. «Dabei wird sich deutlich zeigen, daß ohne völligen Umsturz der Buchhandlungen und Truckereyen allhier diese neue Ordnung in der vorgesehenen Form nicht eingeführt werden kann und da Ew. Gnaden den Ruin so vieler Familien und ehrlicher Bürger ja nicht begehren noch zulassen werden, so getrösten wir uns gnädiger Erhörung.» Unterzeichnet ist die Bittschrift von Johann Jakob de Emanuel Thurneysen, dermaliger Ladenmeister und Vorsteher sämtlicher Buchdruckereien, Johann Jakob Schorendorf, Johann Rudolf Imhof, Nicolaus Köllner und Johann Conrad und Johann Jacob von Mechel, Gebrüdern.

Die trotz einigen Uebertreibungen geschickt abgefaßte Schrift hat in der Tat ihres Eindrucks auf den Rat nicht verfehlt, so daß dieser mit Beschluß vom 19. Dezember 1761 seine Bücherkommission unter Beihilfe des Ratschreibers mit einer Prüfung der Angelegenheit betraute und bis zu deren Erledigung die Publikation der Ordnung sistierte. Die Bücherkommission hat sich mit der Arbeit nicht übereilt. Erst am 6. März 1762 konnte ihr Bericht im Kleinen Rate verlesen werden, dessen Inhalt die Buchdrucker und Buchhändler gänzlich enttäuscht haben muß. Denn von vier Artikeln, die nach ihrer Ansicht «allzuscharf eingerichtet und nicht wohl befolgt werden können», hat die Kommission nur zu einem, noch dazu recht nebensächlichen, eine erleichternde Aenderung beantragt — Ausdehnung der Lieferfrist des Pflichtexemplares an die Bibliothek von 14 Tagen auf 6 Wochen — und wegen der Beschwerde, daß die hiesigen Firmen bei Büchern, die zwar verboten, doch aller Orten verkauft werden, z. B. *Les œuvres du Philosophe de Sans Souci* oder die Werke

Voltaire's, durch allzu starke Einschränkung der Zensur Schaden, die Nachbarn aber den Nutzen hätten, immerhin den für den Wandel der Zeiten bezeichnenden Antrag gestellt, es möge, weil «derlei Bücher den Atheismus befördern und den jungen Leuten schlimme und ihnen höchst schädliche Principia beibringen E. E. Ministerium darüber beraten, in wie weit solche Bücher erlaubt werden könnten».

Mit Beziehung auf die beiden genannten Werke ist hier einzuschalten, daß damals mangels eines Urheberrechtes der Nachdruck in höchster Blüte gestanden hat, ja sogar eine Art gesetzlicher Unterlage dadurch erhielt, daß die Buchdrucker für ein neues Unternehmen zum Schutze gegen ihre eigenen Konkurrenten sich um die Ausfertigung eines sog. Privilegium exclusivum bemühten.

Die beiden Anträge der Bücherkommission sind vom Rate abgelehnt worden, der vielmehr befahl, die neue Zensurordnung kundzumachen.

Noch während die Bücherkommission mit der Prüfung der Angelegenheit der neuen Zensurordnung beschäftigt war, ist ihr aus Anlaß einer über das Bürgerwesen ausgegebenen Schrift vom Rate der weitere Auftrag erteilt worden, darüber zu beraten, wie künftig solchen Sachen vorgebeugt werden könne. Einer der an den Beratungen beteiligten Votanten spricht von einer gedruckten Schrift oder eigentlich einer Rhapsodie von Schriften, die schon lange geschrieben herumgegangen, auf Veranstaltung eines Burgers von einigen Buchbindern verkauft worden waren. Es erscheint wohl nicht zu gewagt, den ungenannten Bürger mit Isaak Iselin zu identifizieren, der in den Jahren 1758 und 1761 in anonymen Schriften die Verbesserung schlechter Zustände in seiner Vaterstadt angeregt hatte.

Ueber jene Beratungen hat sich nämlich ein Protokoll, ein auf diesem Gebiete ohnehin sehr seltenes Aktenstück, erhalten, dessen Inhalt verdient, in einem möglichst er-

schöpfenden Auszug bekanntgemacht zu werden. Es sind vier, mit Namen leider nicht genannte Votanten.

Der erste begnügt sich mit der Erklärung, es solle nichts wider die Religion oder Standessachen gedruckt werden.

Der zweite Votant äußert sich zunächst auch dahin, daß die neue Zensurordnung beizubehalten und Veröffentlichungen in Standessachen ohne obrigkeitliche Erlaubnis zu verbieten seien, geht dann aber tiefer auf die Sache ein. Er beginnt mit der Erörterung der Frage, ob und inwieweit den Burgern in einem freien republikanischen Staate zu gestatten wäre, über wichtige und des Standes Wohlfahrt besonders betreffende Beratschlagungen während derselben und ehe vom höchsten Gewalt der Entschluß gefaßt wurde, ihre Gedanken durch gedruckte Schriften ihren Mitburgern mitzuteilen. Wenn einerseits ein Verbot einem Despotismo ziemlich gleichkäme, so würde andererseits eine solche Freiheit von einer einem wohleingerichteten Stande nachteiligen Ungebundenheit nicht weit entfernt sein. Die Ordnung einer guten Standesverfassung erfordere, daß von den beiden Ständen, dem obrigkeitlichen und dem burgerlichen, keiner aus den seiner Obliegenheit angemessenen Schranken trete. Der Obrigkeit, der die Sorge für das gemeine Heil anvertraut sei, stehe allein zu, Gesetze und Verordnungen darüber zu machen. In wählender Erdauerung eines wichtigen, die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Gegenstandes aber vorzueilen und vom einten oder andern Bürger sich Maßregeln, nach welchen sie ihre Beratschlagungen abmessen sollten, vorschreiben zu lassen, könne ihren guten Eifer stören und trete dem obrigkeitlichen Amte und Ansehen um so näher, als das darin verborgene Mißtrauen, etwas Gutes zu stiften, ihre empfindlich sein müßte. Die sonst so ohnverletzliche burgerliche Freiheit könne gleichwohl mit Aufrechterhaltung des Standes nicht bis an die obrigkeitlichen Amtspflichten steigen, noch weniger eines Theiles der gesetzgeberischen Gewalt sich anmaßen. Ein kind-

liches Vertrauen der Bürger gegen ihre Obere könne ihre Geduld zur Abwartung des Geschäftsausschlags nicht wohl stören, wohingegen die während der obrigkeitlichen Beratschlagung über einen wichtigen Gegenstand erfolgende Veröffentlichung eines privaten Urtheiles und Entscheides mit einer gesunden Staatsverfassung nicht wohl bestehen und endlich den Staat in eine Demokratie, wo nicht völlige Anarchie verwandeln dürfte. Auch die allerpatriotischsten und bestgesinnten Gemüter seien Menschen und könnten über wichtige Staatsangelegenheiten von eben nicht bestens begründeten Vorurteilen eingenommen sein. Wenn sie diese gewöhnlich in bester Absicht ihren Mitbürgern beibringen, so können dadurch auch die gedeihlichst abgefaßten obrigkeitlichen Verordnungen nicht ohne Standesschaden einer widrigen Beurteilung bloßgestellt und beargwohnt werden. Andere Staaten und Republiken dürfen hierin mit dem Unsrigen nicht gleichgesetzt werden, weil, was dort nützlich, anderen Orts schädlich sein könne. Wie in vielen, sonderlich eidgenössischen Republiken die Privatdrucke und Austeilung von derlei Schriften, soviel man wisse, bisher unbekannt sei, so ist das auch bei uns bisher nicht gewöhnlich gewesen und könne auch nicht ohne Grund der daraus zu verhoffende Gewinn in Zweifel gezogen werden. Es ist hier nicht zu untersuchen, ob die Kundmachung der gleichwohl allen Republiken anhaftenden, dennoch nach den Regeln der Staatsklugheit mehr zu verdeckenden als öffentlich zu verkündenden Standesmängel ein zu deren Verbesserung notwendiges Mittel sei. Deshalb sei es am besten, die vorliegende Frage über den Druck von solchen Schriften, besonders solange deren wichtiger Gegenstand, nämlich die Annehmung neuer Bürger, obrigkeitlich unentschieden bleibe, gar nicht zu berühren, sondern es bei den bisherigen Verordnungen und dem Verbot, Standessachen ohne obrigkeitliche Erlaubnis zu drucken, bewenden zu lassen.

Der dritte Votant holt noch weiter aus. Anknüpfend an die eingangs erwähnten Schriften könnte man sagen, es

sei nicht gut, daß die Bürger in einem Streite über Gegenstände der öffentlichen Beratschlagungen ihre Gedanken gemein machen. Dieser Satz hat aber ein zu despotisches Ansehen. Zu Venedig und Genua, wo unter dem prächtigen Titel der Freiheit die Sklaverei herrscht und wo auf den Gefängnissen das Wort Libertas mit großen Lettern stehe, möge es angehen. Aber in der Schweiz und in England, wo die wahre Freiheit ihren Sitz aufgeschlagen habe, sei es unerträglich. Unter einer weisen und milden Verfassung könne jeder Bürger die gesetzgebende Gewalt bitten, warnen und ermahnen, sich nicht durch Vorurteile oder andere üble Einflüsse zu Entschlüssen verleiten zu lassen, von denen er schlimme Folgen für das Gemeinwesen befürchte. Wegen des möglichen Mißbrauchs dieser Freiheit durch einen übel Denkenden sollen die Gesetze den anderen guten Bürgern das Recht nicht nehmen, ihre Pflicht auszuüben. Dieses wäre in der Tat eine Ungerechtigkeit und eine Art von Unterdrückung. Es könne also freien Bürgern nicht verboten werden, über Staatsgeschäfte ihre Gedanken freimütig und bescheiden gemein zu machen.

Man könnte zweitens auch als ein Verbrechen wider die Grundsätze der Republik ansehen, Aenderungen von Verordnungen anzuraten oder zu begehren, welche durch das Mehr festgesetzt worden seien, indem niemand wider das Mehr reden solle. Dieses Reden finde statt, wann in den Beratschlagungen und Abmehrungen, den Verrichtungen eines Hohen Präsidii und der Cantzlei unordentlicherweise etwas eingestreut, wann den gefallenen Stimmen etwas Neues angeflickt oder sonst eine Unordnung verursacht werde oder auch wann man sich einer mit Mehrheit getroffenen Entscheidung widersetze oder den durch das Mehr gutgeheißenen Gesetzen den schuldigen Gehorsam versage. Dieses alles sei verderblich. Aber daß ein Bürger nicht mit Bescheidenheit und Anständigkeit gegen gemachte Gesetze mündlich, schriftlich oder durch den Druck Vorstellungen zu machen befugt sein sollte,

dieses wäre wieder ein Grundsatz, der für die Freiheit gefährlich werden könnte. Es sei insbesondere in einem Freistaate, wo alle Bürger in der Regierung Anteil bekommen können, wichtig, daß die Grundsätze einer gesunden Politik gemein gemacht werden, damit man der großen Menge nicht so leicht Sand in die Augen streuen könne. Wo das Mehr alles gelte, da soll man auch die möglichste Verbreitung der Gründe, die für und wider eine Unternehmung angebracht werden können, nicht hindern. Was man lese, könne man kaltsinnig und freimütig prüfen. Was aber in den Ratsälen vorgetragen werde, dessen Schicksal hänge oft von der besseren Brust oder vom ehrwürdigen Platze desjenigen ab, welcher sie vorbringt. Die Absichten der Vornehmen und Mächtigen haben von der Gewalt und vom Ansehen ihrer Urheber ein überwiegendes Gewicht. Die einzige Zuflucht der Schwächeren seien Gründe. Es wäre eine Art von Unbilligkeit, ihnen auch diese unnütz zu machen.

Man könnte drittens übel finden, daß in öffentlichen Schriften die ehemaligen oder gegenwärtigen Verderbnisse des Staates aufgedeckt werden. Man heiße dieses sein Vaterland entehren. Es wäre aber auch dieses eine übertriebene und ungegründete Anklage. Wenn ein Staat verdorben gewesen sei oder es dermalen sei, so entehren ihn diejenigen, die an der Verderbnis schuld seien, nicht diejenigen, die mit großem Mute der Verderbnis sich widersetzen, dieselbe in ihrer natürlichen Gestalt zeigen und ihre redlichen Mitbürger davor warnen. Die größten Könige müssen es leiden, daß die Geschichte ihre Schwächen und Fehler zu der Warnung der Nachwelt und deren gerechten Strafe aufzeichne. Sollen Freystaatliche und Republikanische Regenten sich diesem so gerechten und so natürlichen Gesetze entziehen wollen? Sie dürfen nur tugendhaft und gut sein, so haben sie von den Schriftstellern und von der Nachwelt nichts als Ruhm und Ehre zu erwarten. Sollte auch ein unwürdiger Verfasser einen weisen und rechtschaffenen Regenten antasten, so wird

die gerechte Welt und Nachkömmlingschaft den Verleumder mit der verdienten Verachtung strafen und den rühmlich verleumdeten an ihm rächen. Ein verleumderischer Schriftsteller soll auch, wie billig, nach den Gesetzen wie ein anderer Verleumder von der Obrigkeit zur Rede gestellt, ein edler und freimütiger aber nicht nur nicht verfolgt, sondern noch gelobt werden. — Daraus folge, daß es schädlich und für die öffentliche Freiheit gefährlich wäre, auch unter der E. Burgerschaft großes Aufsehen erregen würde, wenn man Burgern verbieten wollte, ihre Gedanken über öffentliche Geschäfte und Beratschlagungen ausführlich gemein zu machen. Man soll daher von einem Verbot absehen, aber die Bücherordnung handhaben, weil auch solche Schriften ohne Zensur zu drucken nicht recht und der öffentlichen Ordnung zuwider wäre. Wolle man etwas Neues verordnen, so könne dies in einem Anhang zur Zensurordnung geschehen. Aus der für diesen Zweck vom Votanten vorgeschlagenen, ziemlich weitläufigen Bestimmung seien folgende für ihn bezeichnende Sätze herausgehoben: «Wenn auch jemand», heißt es einleitend, «unserer Burger, über öffentliche Geschäfte und Beratschlagungen seine Gedanken und Vorschläge drucken lassen wollte, so wollen wir dieses nicht nur nicht verboten, sondern mählich dazu aufgemuntert haben. Wir gebieten aber jedermann, der sich dessen anmaßen wollte, wie mit dem gehörigen Mute und Nachdrucke also auch mit der vollkommensten Bescheidenheit Anständigkeit und Wahrhaftigkeit solches zu tun und in einer so wichtigen Sache sich durch keine andere Absicht als durch reinste Liebe der gemeinen Wohlfart leiten zu lassen. Den Zensoren wird äußerste Behutsamkeit empfohlen. Doch dürfen sie die Verfasser wegen harten und mutwilligen Ausdrücken und Sätzen warnen, dergleichen allenfalls durchstreichen, übrigens die Verantwortung ihrer Schriften den Schriftstellern überlassen, falls sie ihre Namen ihnen angeben wollen. Diese Namen soll der Zensor, wenn es von ihm verlangt wird, verschweigen, bis

wir durch eine Erkenntnis ihn darum zu befragen für gut finden, worauf je nach Umständen das Nötige verfügt werden soll.»

Der vierte Votant bringt nichts Neues vor. Er meint, Sachen, die dem Publiko und einem freien Staate nützlich und nötig, welche in England zu verkünden volle Freiheit sei, sollen, in patriotischer Gesinnung E. E. Bürgerschaft gedruckt vorzulegen, in einer ihrer Einrichtung nach demokratischen Republik noch viel freier sein. Die neue Bücherzensurordnung werde alle Mißliebigkeit verlieren, wenn ein kluger Zensor schöne und edle Werke zu drucken erlaubt und nur alles wirklich Widrige und Anstößige und dem Wohle unseres Standes Nachteilige gestrichen werde.

Auch dieser Bericht, der sichtlich den Einfluß der veränderten Verhältnisse erkennen läßt, ist praktisch ergebnislos geblieben, indem der Rat ihn an die XIII^{er} Herren wies und zugleich beschloß, daß es inzwischen bei der Verordnung bleibe, bis der Ratschlag hierüber einkomme. Dieser Ratschlag ist jedoch nie erschienen.

So ist die Zensurordnung von 1761, die letzte ihrer Art, aber gültig noch in der Zeit der Restauration, unverändert und in ihrem ursprünglichen Wortlaut in Kraft und Wirksamkeit getreten. Infolgedessen war sie und blieb sie ein Stein des Anstoßes, und der Zustand, den sie auf dem Büchermarkt hervorgerufen hat, wird durch verschiedene Vorfälle in helles Licht gerückt.

Bemerkenswert ist, daß sie nicht nur auf die ortsansässigen, sondern auch auf die zugereisten Buchhändler angewendet wurde. So hatte im Jahre 1764 die Zensurkommission Anlaß, dem Rate, der sie darauf aufmerksam machte, daß fremde Buchhändler auf der Schärereren Zunft und anderswo schädliche und allerorten verbotene Bücher verkaufen, über die von ihr dagegen ergriffenen Maßnahmen ausführlich Bericht zu erstatten, den sie freilich mit den resignierenden Worten schließt: «Trotz allem glauben wir nicht, daß diesem Uebel damit gänzlich ge-

steuert werde. Denn die Gewinnsucht der Verkäufer werde denjenigen, welche solche Bücher verlangen, sie immer leicht verschaffen und wäre zu wünschen, daß unsere jungen Leute durch bessere Principia von Gottesfurcht und guten Sitten selbst vor solchen Büchern Abscheu haben möchten.

Im selben Jahre mußten die Buchdrucker Emanuel Thurneysen, der überhaupt als die treibende Kraft des Widerstandes gegen die Zensur erscheint, und Nikolaus Kölner vor der Kommission sich einfinden. Thurneysen hat sofort gegen diese Vorladung Stellung genommen mit der zu Protokoll gegebenen Erklärung, daß sie ihm nicht zum Nachteil gereichen dürfe, weil er kein akademischer Bürger sei, also nicht vor dieses Forum gehöre, und ersucht, ihn inskünftig mit Vorladungen zu verschonen. Denn dies sei das erste- und letzmal, daß er käme und nur aus «sonderbarer Hochachtung gegen die berühmten und hochgelehrten Männer, die der Session beiwohnen», wolle er die verlangten Auskünfte geben. Sie beziehen sich auf drei im Druck befindliche Werke, darunter Wursthens Basler Chronik. Ebenso antwortete Kölner, er werde auch nicht kommen, er gehöre nicht zu den Buchbindern. Dieser Haltung entsprechend haben sie wirklich im Juli 1765 der von der Zensurkommission an sämtliche Buchdrucker und Buchhändler gerichteten Vorladung nicht Folge geleistet und Thurneysen dem Pedellen, der ihm sagte, daß er im Wiederholungsfall den GHH. (Gnädigen Herren) verzeigt werden müßte, die seinen Ingrimme vertratende Antwort gegeben, er habe schon lange darauf gewartet und er werde sich bei keiner Session mehr einfinden. Außerdem hat er nachträglich schriftlich erklärt, es sei gefährlich, einem Zensor das Geheimnis eines Neudruckes zu eröffnen, weil er bei etwa vorhandener persönlicher Abneigung es leicht einem ihm genehmeren Kollegen entdecken und dieser dann die Früchte der Ernte einsammeln könnte. Es wäre daher nicht mehr als billig, daß die Zensoren eidlich verpflichtet würden, die geschäft-

lichen Angaben eines Buchdruckers «gleich einem katholischen Beichtvater» bei sich zu behalten. Denn ohne diese Eidverpflichtung wird niemand so einfältig sein, seine Projekte und Entreprise ihm vor der Zeit zu eröffnen.

Als dann die beiden Herren im August in die Staatskanzlei vorgeladen und dort abgehört wurden, erklärte Thurneysen u. a., die neue Zensurordnung sei so beschaffen, «daß nicht die Hälfte ihrer Artikel könne gehalten werden, was auch seither die Buchhändler und Buchdrucker nicht getan hätten. Im ganzen deutschen Reich und auch hier sei zu allen Zeiten üblich und die Buchdrucker zu nichts weiterem verpflichtet gewesen, als daß sie nicht wider den Staat, wider die Religion und wider die guten Sitten drucken sollen. Diesen drei Punkten wolle er auch geflissen nachkommen und ein mehreres werde er sich nicht auflegen lassen, wie er denn in der Hoffnung lebe, man werde ihm das gleiche Recht angedeihen lassen, wie den Gebrüdern Agnelli in Lugano von den 12 Orten — darunter Basel — erteilt worden ist, die von der Censur entlassen und nur zu den obgedachten drei Punkten verbunden sein sollen. Es wären noch verschiedene Punkte der neuen Zensurordnung zu ahnden.» Er will sie aber diesmal nicht berühren, weil er und die übrigen Buchdrucker und Buchhändler nächstens in einer Bittschrift ihre Beschwerden unmittelbar vor die GHH. bringen werden.

Kölner hat sich übereinstimmend mit seinem Kollegen, aber kürzer ausgesprochen: er drucke nichts unzensiert. Er macht auch jene drei Punkte geltend und bemerkt dazu, wenn er etwas verfehle, sei er seines Dafürhaltens niemandem unterworfen als der Obrigkeit, der er den Eid leiste. Ferner benützt er die Gelegenheit zu einer Beschwerde darüber, daß ihm der Verkauf eines noch dazu von Prof. Beck zensierten Traktätleins von den GHH. verboten und er dadurch geschädigt worden sei.

Das Protokoll dieser Abhörung wurde der Zensurkommission mitgeteilt, die an den Aussagen der beiden Ge-

schäftsherren eine scharfe, aber nicht durchwegs zutreffende Kritik übte, Thurneysens Bestreitung ihrer Kompetenz mit dem Hinweis darauf, daß sie nicht eine von der Universität, sondern von den GHH. eingesetzte Behörde sei, leicht widerlegte, den Ton seiner schriftlichen Erklärung rügte und im übrigen die von ihm angekündigte Beschwerdeschrift abzuwarten ersuchte.

Die Beschwerdeschrift wiederholt einleitend, nur jetzt bestimmter, weitläufiger und mit Namensnennung die Behauptung, daß der Fall Spreng als die eigentliche Entstehungsursache der neuen, gewissermaßen als Zuchtrute aufzufassenden Zensurordnung zu gelten habe. Anschließend bringen zuerst die Buchdrucker ihre Anliegen vor und geben ihrer Befürchtung wegen der Bedrohung des Geschäftsgeheimnisses Ausdruck, die darin liege, daß sie jetzt mit einem Kollegium, «dem nicht nur Gelehrte, sondern auch andere in obrigkeitlichen Aemtern stehende Personen angehören», zu tun haben sollen, statt, wie früher, mit dem einen, gemäß dem Inhalt des Werkes gewählten Dekan. Sie schließen «in Betrachtung, daß unser Beruf ohnedies bereits in merklichen Zerfall geraten» und der Rat durch seine Bücherkommission «sich hinlängliche Wissenschaft und Erläuterung unseres Berufes erwerben» kann, mit der Bitte, «denselben mit keiner schädlichen Neuerung zu beschwären, sondern es bei der alten Observanz bewenden zu lassen».

Aus demselben Grunde wehren die Vertreter «des Handels mit den auswärts gedruckten Büchern» sich gegen die Visitation ihrer Werkstätten und Läden, versichern feierlichst, «daß sie sich mit keinen Büchern beladen wollen, die der Religion, der Ehrbarkeit und Anständigkeit zuwider und wodurch gute Sitten verletzt werden könnten, wie sie sich denn dergleichen niemals schuldig gemacht haben», verpflichten sich, etwa dagegen verstoßende Bücher, die aus ihren jährlich gedruckten Verzeichnissen ersichtlich sind, gänzlich zu unterdrücken, was um so leichter geschehen könne, als die hin und wieder und son-

derlich zu Göttingen ausgehenden gelehrten Blätter und Zeitungen derlei verbotene Bücher jederzeit zum voraus ankünden. Sie sprechen zum Schluß die Erwartung aus, daß, «so wie die GHH. durch den Jahreid genugsam vor allem, was dem löbl. Stande verdrißlich werden könnte, also auch wir vor dem gedeckt werden mögen, was uns durch die neue Ordnung in unserm Beruf und Nahrung Schädliches zuwachsen kann».

Die Eingabe, die von denselben sechs Geschäftsinhabern unterzeichnet ist wie die von 1761, von dieser sich aber durch eine zweckmäßigere Anordnung und gemäßigtere Schreibweise vorteilhaft unterscheidet, wurde vom Rate der Zensurkommission zur Begutachtung überwiesen.

Dieses vom Rektor (Johannes) Bernoulli unterschriebene Gutachten ist nicht besonders wohlwollend gehalten. Es beginnt schon mit dem ganz unangebrachten Spott über die vierjährige Bedenkzeit der Beschwerdeführer, billigt die Zensurordnung, bestreitet ihren Strafcharakter und die Neuheit der beanstandeten Artikel, von denen manche obendrein Erleichterungen gewähren, und das Leuten, die den «allerältesten und nie aus Uebung gekommenen Zensurordnungen zu allen Zeiten eben schlechtlich nachgekommen und sich wo möglich aus der Halfter zu ziehen gesucht», deshalb auch zu Klagen des Zensurkollegiums bei den GHH. Anlaß gegeben haben, verteidigt die Visitationsbefugnis der Dekane wegen der Gefahren, die aus einem unbeaufsichtigten Buchhandel der Religion und der Moral erwachsen können, «sonderlich bey den heutigen ausgelassenen Sitten und verderbten Zeiten, da gleichsam um die Wette gottlose und verderbliche Bücher ans Tageslicht kommen und auch alhier debitiert werden», bringt aber doch zwei, übrigens nicht verwirklichte, Vorschläge zur Aenderung des Textes im Sinne der Bittsteller und schließt mit der etwas seltsamen Behauptung, «daß sich die Herren Buchhändler über diese neue Ordnung lieber hätten erfreuen als beklagen sollen». — Der Rat beschloß Beibehaltung der Zensurordnung mit den in diesem Me-

morial angeratenen Aenderungen. Da diese jedoch, wie es scheint, nicht weiter bekanntgemacht worden sind, hat der bisherige Zustand angedauert.

Wie wenig, genau besehen, mit der behördlichen Aufsicht bei der stetig anwachsenden literarischen Produktion erreicht wurde, erhellt aus folgendem. Noch im gleichen Jahre 1765 ist die Zensurkommission vom Rate beauftragt worden, sie solle sogleich untersuchen und berichten, wie es komme, daß in die hier mit obrigkeitlicher Bewilligung erscheinenden Kalender ärgerliche und wider gute Sitten laufende Stellen wie in dem Deckerischen Hinkenden Bott gedruckt werden. Noch viel bezeichnender ist aber die Tatsache, daß die Zensurkommission selbst zweimal, im Jahre 1771 und 1789, ihre Ohnmacht, unzensierte Drucke zu verhüten, eingestehen muß.

Demgegenüber verdient eine leichte und dankbare Aufgabe Erwähnung, die ihr noch dazu von außen her gestellt worden war.

Im Jahre 1767 wünschte die Regierung von Solothurn über ein Buch, betitelt der Morgenstern, «mit sog. magischen, auch astrologischen Charakteren, welchen unwisende und abergläubische Leute übernatürliche Kräfte zuschreiben», Auskunft, weil es von den Bauern gekauft wurde. Die Antwort konnte beruhigend lauten, da es sich um ein den Gelehrten wohlbekanntes Werk des im Jahre 1535 verstorbenen Heinrich Cornelius Agrippa von Netisheim handelte. Es ist eine kulturhistorisch immerhin bemerkenswerte Tatsache, daß seine offenbar nachgedruckten mystischen Schriften damals so eifrige Leser unter den Landleuten, und nicht nur im Kanton Solothurn, gefunden haben.

Bei alledem ging aber der stille Krieg zwischen dem Buchgewerbe und der Zensur weiter. So beklagte sich die Kommission im Jahre 1771 beim Rat, daß schon seit einigen Jahren die vorgeschriebene jährliche Versammlung der im Buchhandel beschäftigten Personen sehr schlecht besucht würde. In diesem Jahre seien von 16 Firmen nur

drei vertreten gewesen, und nur drei Personen, die Buchdrucker Schweighäuser und Köllner und der Buchbinder Flick, hätten sich entschuldigt und ihre Bücherverzeichnisse eingeschickt. Auf diese Weise könne die Zensurkommission ihre Aufgabe nicht erfüllen. Es bedurfte einer besonderen behördlichen Mahnung an die Interessenten, damit sie der erneuten Vorladung Folge leisteten, und selbst dann gehorchten nicht alle.

Bald darauf wurden diese Versammlungen, zweifellos in der Absicht, eine stärkere Beteiligung zu erzielen, mit einer Sitzung der Regenz verbunden, zu der auch der Stadtschreiber als Mitglied der Zensurkommission eingeladen wurde. Ueber den Verlauf einer solchen Versammlung, welche schon im Jahre 1778 als «die übliche Bücherzensur» bezeichnet wird, unterrichtet uns ein Bericht aus dem Jahre 1788. Darnach mußten die Teilnehmer, nachdem ihnen vom Universitätsnotar die Ordnung von 1761 vorgelesen und von jedem das Verzeichnis der von ihm veröffentlichten Drucke abgegeben worden war, das Sitzungszimmer verlassen, worauf über jedes vom Rektor verlesene Verzeichnis Umfrage gehalten wurde, ob die darin verzeichneten Bücher gebührend zensiert und von jedem ein Exemplar an die öffentliche Bibliothek abgeliefert worden sei. Dann wurden die Teilnehmer einer nach dem andern wieder hereingerufen, jedem vom Rektor der Beschluß mitgeteilt und sie ermahnt, die obrigkeitlichen Verordnungen ferner einzuhalten und bei jedem Buche den Zensor zu nennen, und speziell den Buchbindern eingeschärft, keine den Sitten schädlichen Bücher zu halten noch auszuleihen.

In diesem Bericht wird auch auf einen hier bisher übergangenen Punkt hingewiesen, nämlich auf die Verpflichtung der Buchdrucker und -händler, von jedem Neudruck ein Exemplar an die Bibliothek abzugeben, eine von ihnen auch sehr ungerne und mitunter gar nicht erfüllte Forderung. Hierüber hat aber schon Andreas Heusler in seiner Geschichte der öffentlichen Bibliothek der

Universität Basel, Rektorats-Programm von 1896, mit sattem bekannter Gründlichkeit gehandelt.

Viel lebhafter ist im Jahre 1789 die vom Rate angeordnete Verhandlung der Zensurbehörde mit den Buchdruckern Johann Jakob Thurneysen und Johann Lukas Legrand wegen des unzensierten Druckes der Oeuvres posthumes Friedrichs des Großen verlaufen. Beide Herren haben sich nämlich mit dem Hinweis auf die von ihnen abgegebenen schriftlichen Erklärungen rundweg geweigert, die an sie gerichteten Fragen mündlich zu beantworten. Den Ausgangspunkt und Kern der Verhandlung bildete der Inhalt des 12. Bandes der Oeuvres, dessen geheimen und ohne ihre Kenntnis vorgenommenen Druck die Zensurkommission in ihrem Bericht natürlich eingesteht. Sie sucht sich aber zugleich gegen etwaige Vorwürfe seitens des Rates mit der Erklärung zu decken: «Obwohl wir das möglichste beobachtet haben und die fehlbaren Buchdrucker und Buchhändler, um einem so nützlichen Handlungszweig so wenig als möglich hinderlich zu sein, mit möglichster Milde verfügt, so müssen wir doch leider erfahren, daß vieles wider bürgerliche Pflicht eludiert werde, dem wir nicht allemal vorbeugen oder begegnen können.» Namentlich konnte sich aber die Zensurkommission zu ihrer Entlastung darauf berufen, daß, wie sie etwas boshaft bemerkt, die GHH. «nachdem die Oeuvres posthumes auf Veranstaltung des preußischen Hofes in Berlin gedruckt worden» (waren), den hiesigen Nachdruck zu verhindern «nicht für billig erachtet haben».

Von den in dem 12. Band vereinigten vier Stücken findet sie die beiden ersten, das Palladion und die Pensées sur la religion mit zusammen 320 S., besonders ärgerlich und anstößig. In die preußische Ausgabe ursprünglich nicht aufgenommen, «sei es daß der verstorbene König dieselben zwar ganz oder teilweise verfaßt, aber nicht habe allgemein bekanntmachen wollen, oder daß sie vom Hofe als eines solchen Mannes unwürdig und seiner Ehre nachteilig unterdrückt wurden», so wäre ihre Veröffentlichung

dem Verleger der Original-Ausgabe der Oeuvres posthumes wahrscheinlich niemals erlaubt worden, wenn die hiesige Edition nicht vorangegangen wäre.

Das Palladion sei «eine satirische, in französischen Reimen abgefaßte Nachahmung der Heldengedichte des Altertums mit ärgerlichen, das ganze Christentum und die geoffenbarte Religion schmähenden Gedanken und Ausdrücken hin und wider durchweht. Außerdem ist diese Schrift hauptsächlich eine für die römisch-katholische Religion äußerst beleidigende Satyre, sowie für verschiedene respectable Nationen in Europa, hauptsächlich auch für mehrere hohe österreichische Personen». Deshalb wäre die Verbreitung durch den Druck möglichst zu verhindern.

Das ebenso einläßliche und vernichtende Urteil über die Pensées kann hier übergangen werden, weil diese Schrift, als deren Verfasser damals noch der König galt, später als das frech untergeschobene Machwerk eines fremden Militärs namens de la Serra erkannt wurde.

Der ganze Handel endete damit, daß die mit Beschlag belegten etwa 200 Exemplare des 12. Bandes im Hause des Stadtschreibers Andreas Merian in seiner und des Dekans der theologischen Fakultät, Johann Herzog, Gegenwart sind verbrannt worden. Immerhin sind einige Exemplare der Vernichtung entgangen. Aber Thurneysen hatte doch statt des erwarteten Gewinnes großen Schaden, mußte zudem eine Buße von 100 neuen Louisdors bezahlen und die schärfsten Verwarnungen über sich ergehen lassen.

Kaum zwei Wochen, bevor die Flammen den Greuel dieses 12. Bandes verzehrten, war in Versailles die Nationalversammlung zusammengetreten. Die Französische Revolution hatte begonnen. Wie hat sich dieses für die alte Eidgenossenschaft so folgenschwere Ereignis auf die Basler Zensur ausgewirkt? Diese Frage ist, gewiß überraschend, dahin zu beantworten, daß der Umsturz sie nicht so völlig mitgerissen hat wie die anderen staatlichen

Einrichtungen. Sie blieb sogar zunächst in vollem Umfang bestehen; denn nachdem der Stadtschreiber Johann Rudolf Fäsch, zugleich einer der drei Repräsentanten Basels in der Nationalversammlung, in der Regenzsitzung vom 13. Februar 1798 «eine sehr umständliche und befriedigende Auskunft über die Gesinnung der Nationalversammlung hinsichtlich der Zensur gegeben hatte, welche noch weiter, bis etwas anderes verordnet wird, in Kraft bleiben soll», teilte schon zwei Tage darnach das Basler Erziehungskomitee, dem neben Lukas Legrand als Präsidenten, Jakob Sarasin als Statthalter, Daniel Heinimann und Remigius (?) Frey als Referenten, und Friedrich Lachenal als Schreiber angehörten, dem Rektor zu Handen der Zensurkommission offiziell mit, «die Herren mögen in ihren Verrichtungen nach den bisherigen Verordnungen provisorisch fortfahren», was um so verwunderlicher ist, als an demselben Tage der Entwurf der helvetischen Staatsverfassung, in dem bereits die Pressefreiheit festgesetzt war, von der Basler Nationalversammlung war angenommen worden. Wenn nach ihrer Annahme durch die Versammlung der eidgenössischen Deputierten in Aarau am nächsten 12. April wirklich eine Periode voller Preßfreiheit, «dieser Hüterin, dieser schützenden Mutter der politischen Freiheit», wie sie der Zürcher Deputierte Paul Usteri nannte, eingetreten ist, so hat zwar zur Anpassung an diesen gepriesenen Zustand die Regenz am 28. Mai beschlossen, «die Einberufung der Zensurkommission wird eingestellt», der Zustand selbst aber hat nicht lange gedauert. Denn schon am 7. November 1798 sah sich das helvetische Direktorium veranlaßt, über alle Zeitungen und öffentlichen Blätter irgendwelcher Art, Libelle und Flugschriften inbegriffen, in der ganzen Helvetischen Republik Polizeiaufsicht zu verhängen, so daß also noch vor Schluß dieses Revolutionsjahres alle Drucksachen politischen Inhaltes von der verkündeten Preßfreiheit ausgeschlossen waren, und bald sollte auch die Zensurkommission wieder ins Leben treten. — Mit Ratserkenntnis vom

1. September 1803 wurde sie neuerdings eingesetzt und hat noch bis Ende der 1820er Jahre, freilich in stetig abnehmendem Maße, ihres Amtes gewaltet.

Von da ab war die Universität einer Arbeit überhoben, die je länger, je weniger in ihren Rahmen paßte, die sie obendrein wegen des unaufhörlichen offenen und versteckten Widerstandes der Buchdrucker nie restlos und in völlig befriedigender Weise hat durchführen können, was ja auch aus den eigenen Erklärungen des Zensurkollegiums hervorgeht. Denn den Zensurordnungen ist es im ganzen genommen ähnlich ergangen wie den Sitten- und Luxusmandaten und anderen derartigen hochobrigkeitlichen Freiheitsbeschränkungen, deren häufige Wiederholungen ihre geringe Wirkung im täglichen Leben bezeugen.

Diesen Ausschnitt aus der Geschichte unserer Hochschule, die schon ein Schriftstück der Regenz von 1759 als unser Kleinod bezeichnet, können wir aber kaum besser schließen als mit dem allezeit gültigen Wunsche: Vivat, crescat floreat, sie möge leben, wachsen und gedeihen!